

Prof. Dr. WOLFGANG WEICHEL, KARLFRIED PRÖGER und ERNST WEIHRAUCH, Institut für Theorie des Staates und des Rechts an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“

Die Notwendigkeit einer demokratischen Reform des Parlaments in der westdeutschen Bundesrepublik

Weite Kreise der westdeutschen Bevölkerung sind von tiefer Sorge und Unruhe über den rapiden Abbau wesentlicher verfassungsmäßiger Rechte und die fortschreitende Entmachtung des Parlaments in der Bundesrepublik erfaßt. Die herrschende Oberschicht in der Bundesrepublik ist zum Frontalangriff auf die Verfassung, auf die in ihr verbrieften Rechte der Bürger, der Abgeordneten und der Parlamente übergegangen. Sie hat Kurs auf die staatsstreichähnliche Außerkraftsetzung des Grundgesetzes genommen, auf die Aufhebung der verfassungsmäßigen Ordnung und die Errichtung eines perfektionierten Machtmechanismus, der außerhalb jeder demokratischen Legitimation steht.

Die Schritte auf dem Wege zur völligen Negation der Demokratie in der Bundesrepublik sind deutlich sichtbar:

- das Notstandsverfassungsgesetz, das im Stile des berüchtigten Hitlerschen Ermächtigungsgesetzes den Weg zur totalen Diktatur öffnen soll und dessen beschleunigte Verabschiedung nach seiner verfassungswidrigen Erprobung im Kriegsmanöver Fallex 66 angekündigt ist;
- die über 40 geheimen Notverordnungen, mit denen die Bundesrepublik über Nacht in einen militaristisch gesehen Zwangsstaat verwandelt werden kann und die bereits Grundlage des verfassungswidrigen Notstandsparlaments der Kriegssübung Fallex 66 waren;
- ein wirtschaftspolitisches Ermächtigungsgesetz, mit dem elementare Verfassungsbestimmungen außer Kraft gesetzt und Länder und Kommunen einer Notverordnungs-diktatur der Bundesregierung unterworfen werden sollen und das wesentliche Entscheidungsbefugnisse des Bundestages auf die Staatsbürokratie überträgt;
- die reaktionäre Strafrechtsreform, die auf eine extreme Ausweitung und Verschärfung der Gesinnungsjustiz zielt und das politische Strafrecht den Erfordernissen der formierten Herrschaft der CDU/CSU anpassen soll;
- die unverhüllten Machtansprüche der Bundeswehrgeneralität.

Alle diese Schritte der CDU/CSU-Regierung zeigen, daß die Bonner Politik auf einen Punkt zutreibt, der für die Bevölkerung der Bundesrepublik lebensgefährlich ist. Immer begann die imperialistische Aggression, der Überfall auf fremde Völker, mit dem Angriff auf das eigene Volk. Immer war politische und soziale Reaktion nach innen Vorstufe wahnwitzigen Expansionsdranges nach außen. Daran hat sich offenbar nichts geändert.

Die Krise des parlamentarischen Systems

Ein wesentlicher Bestandteil des Weges zur Diktatur ist die Gleichschaltung, Degenerierung, Entmachtung und Entmündigung des Parlaments.

Wie ist es möglich — fragen westdeutsche Bürger —, daß der Bundestag Gesetze beschließt, die das Grundgesetz in seiner Substanz angreifen und elementare Verfassungsbestimmungen wie den Grundsatz der Gewaltenteilung, des föderativen Staatsaufbaus und der kommunalen Selbstverwaltung aufheben? Warum konnten im Bundestag die verfassungswidrigen sog. einfachen Notstandsgesetze beraten und beschlossen werden, die deutlich sichtbar von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt werden? Wie ist es möglich, daß geheime Schubladengesetze und verfassungsfeindliche Regierungsvorlagen als Grundlage für Kriegs- und Notstandsübungen dienen konnten? Wo liegen die Ursachen für die sich damit offenbarende Kluft, die zwischen den Interessen und Wünschen der Mehrheit des Volkes und den Entscheidungen und Beschlüssen des Parlaments besteht?

Das deutsche Volk hat in der Vergangenheit oft genug erfahren müssen, daß die Aushöhlung und Beseitigung elementarer Grundrechte in der Herrschaft des Großkapitals und seinem Streben nach autoritärer Machtausübung und Expansion begründet ist. Mag diese Erkenntnis auch heute noch manchem westdeutschen Bürger verschlossen sein — ihre Wahrheit und Gültigkeit wird davon nicht berührt.

Die Grundlage für den heute so offenkundigen Widerspruch zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit ist die Erhaltung, Restauration und Ausweitung der Machtfülle und Machtansprüche des Großkapitals in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung und der damit verbundene Prozeß der Ausschaltung der Mehrheit der Bevölkerung von jeglichem bestimmenden Einfluß auf Politik, Wirtschaft und Staat. Zutreffend stellte der DGB in seinem Grundsatzprogramm fest: In der Bundesrepublik wurden nach dem zweiten Weltkrieg die alten Besitz- und Machtverhältnisse wiederhergestellt.

Heute ist die imperialistische Kapital- und Machtkonzentration in Westdeutschland weit größer als im Jahre 1938, auf dem Höhepunkt der Kriegsvorbereitungen des deutschen Faschismus. Eine kleine Gruppe von rund 100 Konzernherren und Finanzmagnaten herrscht über die westdeutsche Wirtschaft und das Schicksal von Millionen arbeitender Menschen. Sie hat ihre Macht mit der des Staates zu einem einheitlichen System vereinigt. Sie bestimmt eine Staatspolitik, die jene Minderheit immer reicher und mächtiger macht und die Mehrheit von allen großen Entscheidungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausschließt.

Im Interesse dieser Minderheit soll heute der Mechanismus der kapitalistischen Machtausübung weiter perfektioniert werden, damit unter den Anforderungen einer verstärkten Rüstungs- und Expansionspolitik sowie der Verschärfung der innen- und außenpolitischen Widersprüche die absolute Herrschaft der Monopole